Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht

Verwaltungsgerichtsbarkeit
Niedersachsen

Geschäftsbericht 2023

des Präsidenten des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts
Dr. Frank-Thomas Hett
vorgelegt am 1. August 2024

Das Deckblatt zeigt die sog. Rotunde, die sich angrenzend an die Bibliothek im nordöstlichen Teil des Erdgeschosses des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts befindet und in der größere Dienstbesprechungen, Mediationen und sonstige Veranstaltungen stattfinden. Das Bild wurde im August 2019 im Auftrag des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts von der in Hannover ansässigen Künstlerin Sybille Heller (www.heller-grafik-design.de) angefertigt.

Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Präsidenten 1

I. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Niedersachsen und ihre Personalsituation im Jahr 2023 3

II. Geschäftsentwicklung in der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahr 2023 4

1. Geschäftslage der niedersächsischen Verwaltungsgerichte 4

a) Gesamtübersicht 4

b) Eingänge 5

c) Bestand 7

d) Arbeitsbelastung 8

e) Erledigungen 9

f) Verfahrensdauer 10

2. Geschäftslage des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts 13

a) Gesamtübersicht 13

b) Eingänge 13

c) Bestand 15

d) Arbeitsbelastung 16

e) Erledigungen 17

f) Verfahrensdauer 17

III. Bedeutende Entscheidungen des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts im Jahr 2023 19

IV. Kontakt 21

V. Impressum 21

Grußwort des Präsidenten

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2023 gibt einerseits Auskunft über die Geschäftslage der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit, andererseits enthält er einen Überblick über Entscheidungen des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts, die im Jahr 2023 auf ein besonderes öffentliches Interesse gestoßen sind.

Kennzeichnend für das Jahr 2023 war die Fortsetzung der sich bereits im Vorjahr abzeichnenden Zunahme von Verfahren aus dem Asylrecht vor den Verwaltungsgerichten erster Instanz. Während die Asylklagen mit +4,29 % gegenüber dem Vorjahr moderat angestiegen sind, war bei den asylrechtlichen Eilverfahren ein sprunghafter Anstieg von +39,43 % zu verzeichnen. Da sich im Jahr 2023 der Bestand an behördlichen, im Fall eines Rechtsmittels in die Zuständigkeit niedersächsischer Verwaltungsgerichte fallenden Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat, ist damit zu rechnen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Demgegenüber sind die allgemeinen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten leicht zurückgegangen.

Es ist dem großen Einsatz der Richterinnen und Richtern an den Verwaltungsgerichten zu verdanken, dass es trotz steigender Eingangszahlen im Asylbereich möglich war, die Anzahl der erledigten Verfahren gegenüber dem Vorjahr deutlich zu steigern, nämlich um +9,95 % im Asylrecht und um +5,19 % bei den allgemeinen Verfahren. Die Verfahrensdauer in Asyl-Hauptsacheverfahren konnte gegenüber dem Vorjahr von 28,2 Monaten auf 21,8 Monate gesenkt werden, während sie in allgemeinen Klageverfahren von 15,1 Monaten auf 17 Monate angestiegen ist. Eine Ursache für diesen erneuten Anstieg der Verfahrenslaufzeiten in allgemeinen Verfahren ist die aufgrund einer seit mehr als einem Jahrzehnt anhaltenden Überbelastung entstandene hohe Zahl an Altbeständen. Eilverfahren vor den Verwaltungsgerichten konnten demgegenüber – wie bereits in den Vorjahren – sehr zügig in durchschnittlich 1,0 Monat (Asylsachen) bzw. 2,1 Monaten (allgemeine Verfahren) erledigt werden.

Am Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht war das Jahr 2023 gekennzeichnet von einer Fortsetzung des Rückgangs des Bestandes um -5,3 %, der Eingänge um -8,8 % und der Erledigungen um -15,6 % gegenüber dem Vorjahr. Gleichwohl ist es nicht zu einer signifikanten Verringerung der Verfahrenslaufzeiten gekommen. In erstinstanzlichen Hauptsacheverfahren vor dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht hat sich die durchschnittliche Verfahrensdauer gegenüber dem Vorjahr sogar um 4,8 Monate auf 21,7 Monate erhöht. Auch hier ist eine Ursache in der immer noch hohen Zahl an Altbeständen zu sehen.

Angesichts der nach wie vor großen Belastung durch die gestiegenen Eingangszahlen im Asylbereich ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass die Verwaltungsgerichtsbarkeit ab 2024 mit 15 zusätzlichen, auf 3 Jahre befristeten Richterstellen für den Abbau von Beständen unterstützt worden ist. Damit hat sich allerdings der Anteil der Richterstellen wieder deutlich erhöht, die nach den Haushaltsvermerken des Haushaltsplans künftig wegfallen müssen. Dieser drohende erhebliche Stellenabbau von insgesamt 57 R1-Stellen für Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht sorgt nach wie vor für große Verunsicherung.

Im Jahr 2023 wurden erste Weichen für die Konzentration von Asylverfahren an einzelnen Verwaltungsgerichten gestellt, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 umgesetzt werden und eine effizientere Bearbeitung von Asylklagen ermöglichen sollen. Angesichts der fortbestehenden Verpflichtung zum Abbau von Richterstellen bleibt jedoch abzuwarten, ob nachhaltige Effekte erzielt werden können.

Erfreuliche Fortschritte konnten hingegen bei der weiteren Digitalisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit erzielt werden. Im Herbst 2023 konnte die elektronische Gerichtsakte e²A am Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht erstmalig erfolgreich in Betrieb genommen werden. Seit dem 1. März 2024 ist am Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht in sämtlichen neu eingegangenen Verfahren die elektronische Gerichtsakte rechtsverbindlich. Bis zum Ende des Jahres 2024 werden alle niedersächsischen Verwaltungsgerichte rechtsverbindlich elektronisch arbeiten.

Dr. Frank-Thomas Hett

Präsident des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts

I. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Niedersachsen und ihre Personalsituation im Jahr 2023

Zur niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit gehören die sieben Verwaltungsgerichte in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Stade als Eingangsinstanz sowie das Oberverwaltungsgericht mit Sitz in Lüneburg. Es ist als Berufungs- und Beschwerdegericht für die von den Verwaltungsgerichten entschiedenen Fälle, aber auch als erstinstanzliches Gericht für die Kontrolle von Rechtsverordnungen, Bebauungsplänen und anderen Satzungen oder für besonders bedeutsame Vorhaben wie den Bau neuer Bundesstraßen oder großtechnischer Anlagen zuständig.

Insgesamt waren in der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit Ende 2023 459 Personen beschäftigt, davon 179 Richterinnen und Richter an den Verwaltungsgerichten (2022: 184) und 40 beim Oberverwaltungsgericht (2022: 41) sowie 240 Personen im nichtrichterlichen Dienst (2022: 243). Im Berichtszeitraum betrug der Frauenanteil in der Richterschaft 55 %, bei den Angehörigen des nichtrichterlichen Dienstes 77 %. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten umfasste bei den Richterinnen und Richtern 16,9 % und bei den Angehörigen des nichtrichterlichen Dienstes 43,9 %.

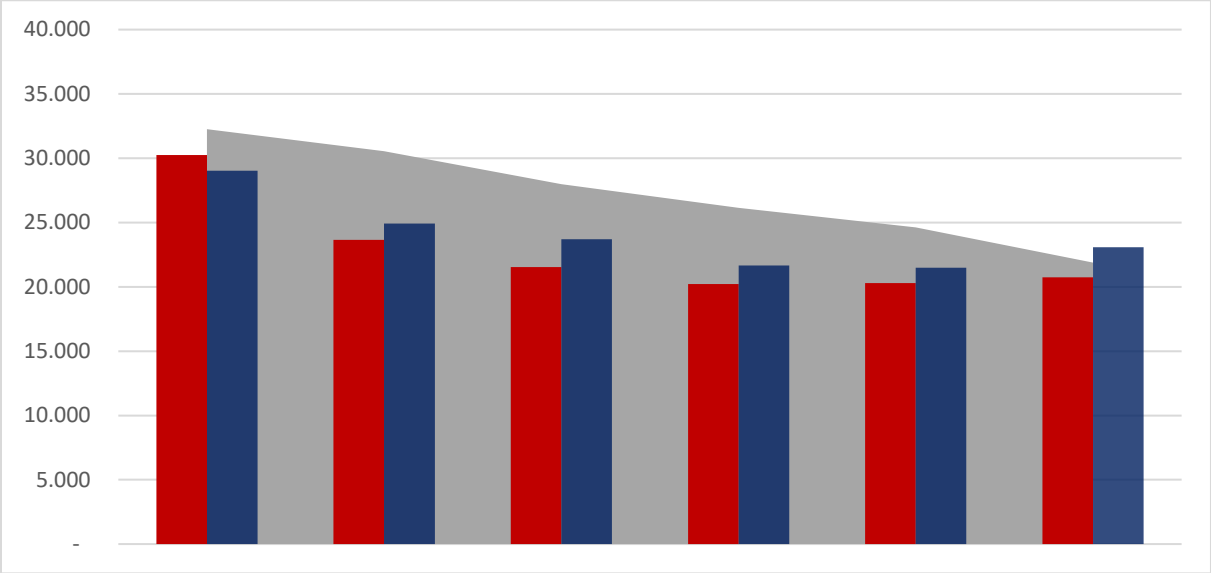
2023 haben sieben neue Richterinnen und Richter ihren Dienst angetreten. Im Jahr 2023 waren in der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit damit insgesamt 29 Proberichterinnen und Proberichter tätig, von denen im Laufe des Jahres acht in das Richterverhältnis auf Lebenszeit berufen werden konnten. Sieben Richterinnen und Richter wurden bei den Verwaltungsgerichten in den Ruhestand verabschiedet.

Darüber hinaus wirkten in der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahr 2023 1.366 ehrenamtliche Richterinnen und Richter mit.

II. Geschäftsentwicklung in der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahr 2023

1. Geschäftslage der niedersächsischen Verwaltungsgerichte

a) Gesamtübersicht



	2018	+/-	2019	+/-	2020	+/-	2021	+/-
Bestand	32.257	+2,2%	30.537	-5,3%	27.995	-8,3%	26.152	-6,6%
Eingänge	30.242	-30,0%	23.647	-21,8%	21.526	-9,0%	20.219	-6,1%
Erledigungen	29.033	-1,2%	24.914	-14,2%	23.703	-4,9%	21.660	-8,6%

	2022	+/-	2023	+/-
Bestand	24.632	-5,8%	21.880	-11,2%
Eingänge	20.301	+0,4%	20.731	+2,1%
Erledigungen	21.490	-0,8%	23.091	+7,5%

Nachdem die Eingänge seit 2017, dem Jahr der höchsten Eingangsbelastung mit 43.228 neuen Verfahren, kontinuierlich zurückgegangen waren, steigen sie seit 2022 wieder leicht an. Der Abbau konnte im Jahr 2023 dennoch deutlich erhöht und der Bestand mit -11,2 %

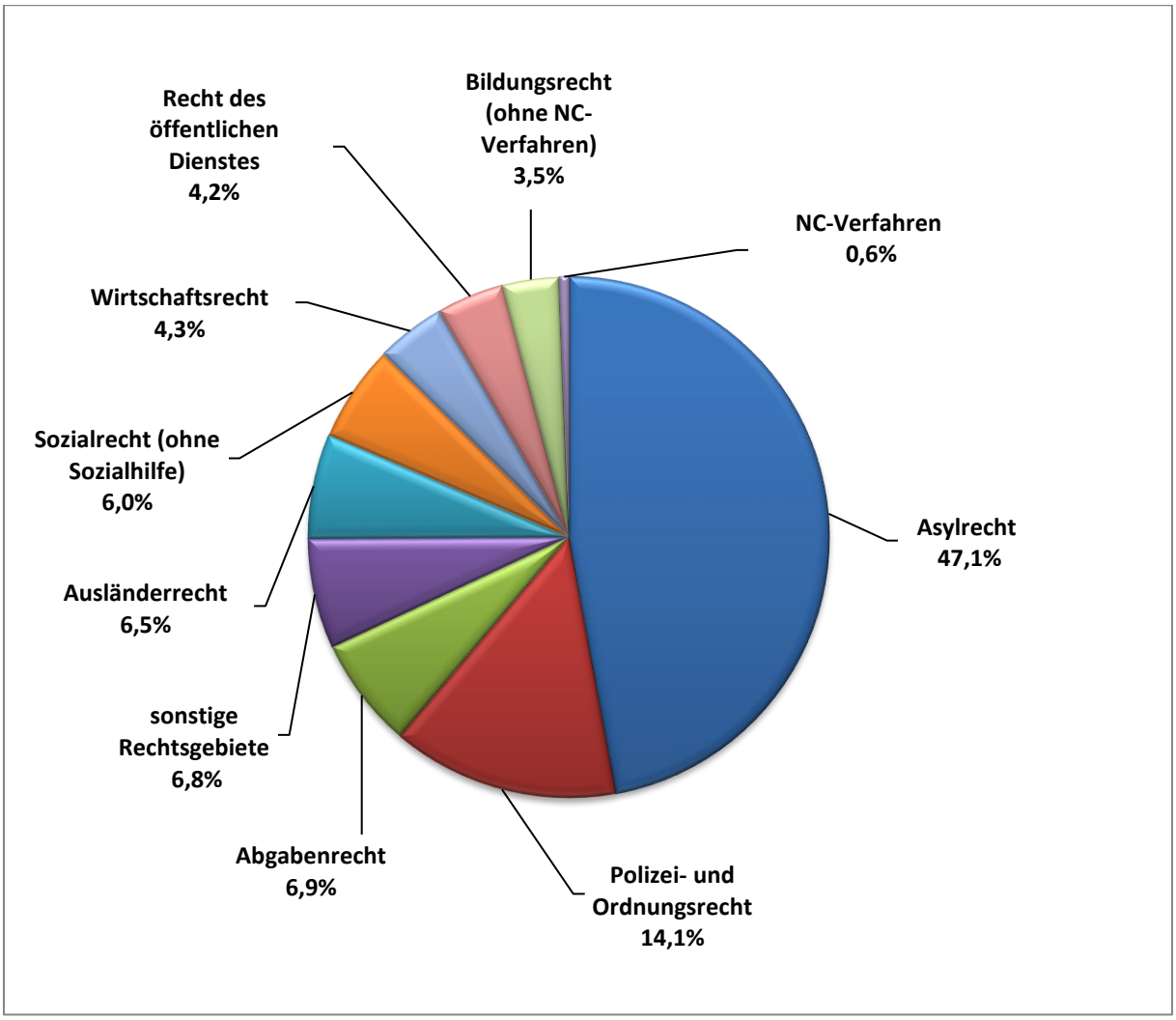
damit weiter erheblich reduziert werden. Der Gesamtbestand liegt allerdings noch immer auf einem hohen Niveau.

b) Eingänge

Verfahrensart	2020	2021	2022	2023
Klageverfahren	**15.673**	**15.322**	**15.249**	**15.073**
davon allgemeine Klageverfahren	9.350	9.761	8.752	8.297
davon Asylklageverfahren	6.323	5.561	6.497	6.776
Eilverfahren	**4.604**	**4.118**	**4.511**	**5.105**
davon allgemeine Verfahren	2.740	2.610	2.505	2.308
davon Asylverfahren	1.864	1.508	2.006	2.797
Hochschulzulassungsverfahren	**877**	**377**	**191**	**133**
Sonstige Verfahren	**372**	**402**	**350**	**420**
Gesamt	**21.526**	**20.219**	**20.301**	**20.731**

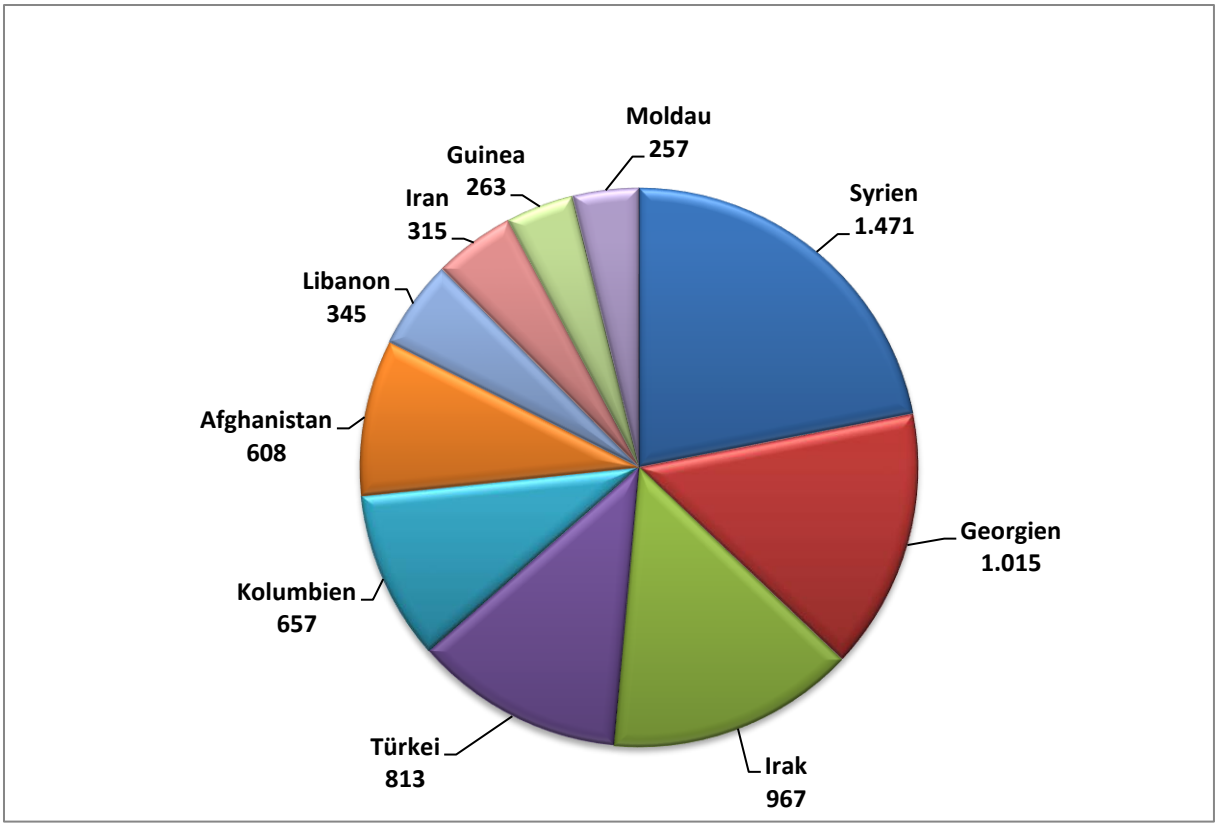
Während sich die Eingänge allgemeiner Klage- und Eilverfahren im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr erneut leicht verringert haben, hat die Zahl der neuen asylrechtlichen Streitigkeiten auch in diesem Jahr wieder deutlich zugenommen (bei den Klageverfahren: +4,29 % (2022: +16,83 %), bei den Eilverfahren: +39,43 % (2022: +33,02 %)). Nachdem deren Anteil an den Gesamteingängen im Jahr 2022 erstmals seit 2018 wieder mehr als 40 % betrug, steigerte er sich im Jahr 2023 daher um fast weitere 5 %. Damit setzt sich der bereits im Geschäftsbericht 2021 prognostizierte Wiederanstieg gerichtlicher Asylverfahren weiter fort. Angesichts der weiteren, in 2023 extremen Zunahme des beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anhängigen Bestandes an Verfahren, für die im Falle eines Rechtsmittels niedersächsische Verwaltungsgerichte zuständig wären, von 12.463 (Stand: 31.12.2022) auf 25.885 (Stand: 31.12.2023) und damit um mehr als 100 %, ist mit einer künftig noch deutlich ansteigenden Anzahl von Asylklageverfahren und asylrechtlichen Eilverfahren zu rechnen.

Eingänge nach Sachgebieten (ohne sonstige Verfahren)

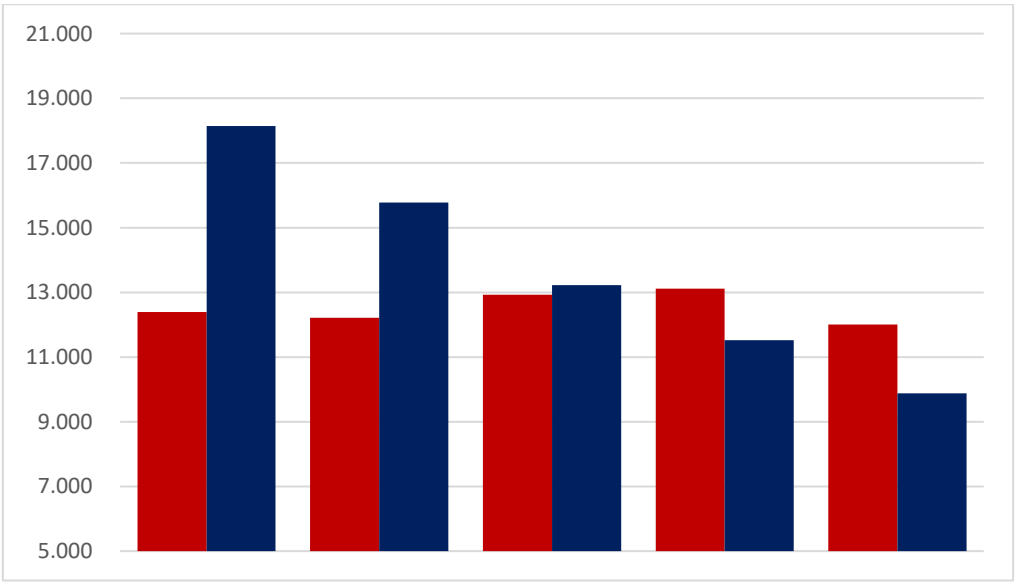


Asyleingänge nach Herkunftsländern

Herkunftsland	Klagen	Eilverfahren	insgesamt
Syrien	978	493	1.471
Georgien	599	416	1.015
Irak	759	208	967
Türkei	607	206	813
Kolumbien	550	107	657
Afghanistan	444	164	608
Libanon	222	123	345
Iran	235	80	315
Guinea	192	71	263
Moldau	164	93	257



c) Bestand



	2019	2020	2021	2022	2023
Allg. Verf.	12.390	12.218	12.929	13.111	12.006[1]
Asylverf.	18.147	15.777	13.223	11.521	9.874
Gesamt:	30.537	27.995	26.152	24.632	21.880

[1] Ohne „Sonstige Verfahren“ i.H.v. 420

Nachdem in den Jahren 2021 und 2022 der Bestand der allgemeinen Verfahren bei der Reduzierung der anhängigen gerichtlichen Asylverfahren kontinuierlich leicht zugenommen hatte, konnte nunmehr trotz der erneut gestiegenen Gesamteingänge und des weiter erhöhten Abbaus der asylrechtlichen Streitigkeiten um -14,29 % (2022: -12,87 %) auch der Bestand der übrigen Verfahren mit -8,43 % deutlich verringert werden. Deren Anteil am Gesamtbestand blieb jedoch auch im Jahr 2023 höher, als der der Asylverfahren. Ein Erreichen der Bestandszahlen des Jahres 2015 (vor der Asylwelle) von insgesamt 14.079 (im letzten Geschäftsbericht wurde unzutreffend von 18.542 ausgegangen) ist daher trotz des engagierten und unermüdlichen Einsatzes der Beschäftigten noch immer nicht in Sicht.

d) Arbeitsbelastung

Im Berichtsjahr lag der durchschnittliche Personalbestand im richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichte bei 173,55 Arbeitskraftanteilen (AKA). Tatsächlich standen davon wegen Elternzeiten, längerer Krankheitsdauer, Abordnungen etc. nur 165,76 AKA zur Verfügung. Hiervon waren 149,34 AKA in Rechtssachen eingesetzt, der restliche Anteil entfiel auf die Gerichtsverwaltung, Projekt- und Gremienarbeit. Die für die Bearbeitung von Rechtssachen verfügbaren richterlichen Ressourcen sind damit, nach einem leichten Anstieg im Vorjahr auf 151,01 AKA, wieder gesunken und entsprechen dem Stand von 2021. Die nach dem bundesweiten System zur Ermittlung des Personalbedarfs (Pebb§y-Fach) bemessene Belastung pro Kopf belief sich im Jahr 2023 auf das Normalpensum (1,0) und liegt damit erstmals seit Jahren nicht mehr über 100 %. Dies bildet aber die wirkliche, noch immer deutlich höhere Arbeitsbelastung der Richterinnen und Richter an den niedersächsischen Verwaltungsgerichten nicht ab.

Denn die Pebb§y-Fach-Berechnung bemisst sich ausschließlich nach der Zahl der im jeweiligen Zeitraum neu eingegangenen Verfahren, ohne den benötigten Personalbedarf für den Abbau von vorjährigen Beständen zu berücksichtigen. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit hat aufgrund langjähriger Überlast (Pebb§y-Belastung 2014: 1,63; 2015: 1,21; 2016: 1,28; 2017: 1,61; 2018: 1,21; 2019: 1,08; 2020: 1,02; 2021: 1,03, 2022: 1,04) erhebliche Bestände aufgebaut, die zwar zwischenzeitlich deutlich reduziert werden konnten, deren künftiger Abbau aber auch weiterhin erhebliche Arbeitskraft binden wird. Zwar hat sich die Pebb§y-Belastung insbesondere in den vergangenen fünf Jahren gegenüber den Vorjahren verringert und entspricht nunmehr dem Normalpensum. Jedoch genügt die Personalausstattung damit lediglich für eine Bearbeitung der neu eingegangenen Verfahren. Für einen signifikanten Abbau der aus der Überbelastung in den Vorjahren resultierenden Bestände sind demnach seit 2014 keine personellen Kapazitäten vorhanden.

Der dennoch gelungene zusätzliche Abbau der Bestände seit dem Jahr 2018 konnte dementsprechend nur durch einen überobligatorischen, mit einer erheblichen Mehrbelastung verbundenen Arbeitseinsatz erreicht werden. Die seit Jahren überschrittene Grenze der Belastbarkeit hat sich zu einer Dauerbelastung verstetigt, die nicht auf der Eingangsbelastung, sondern ganz wesentlich auf der in der Pebb§y-Berechnung nicht erfassten Belastung durch Altbestände beruht. Die Höhe des Bestandes an asylrechtlichen Streitigkeiten entspricht noch immer in etwa der Jahres-Erledigungsleistung an Asylverfahren (ohne diesbezüglicher Neueingänge). Für einen nachhaltigen Abbau dieses Bestandes bis zum 31. Dezember 2025 bedürfte es rechnerisch rund 17 zusätzlicher Richterstellen. Auch im nichtrichterlichen Dienst wären zahlreiche weitere Stellen erforderlich, um die Asylbestände auf das vor der Asylwelle vorhandene Maß zurückführen zu können.

e) Erledigungen

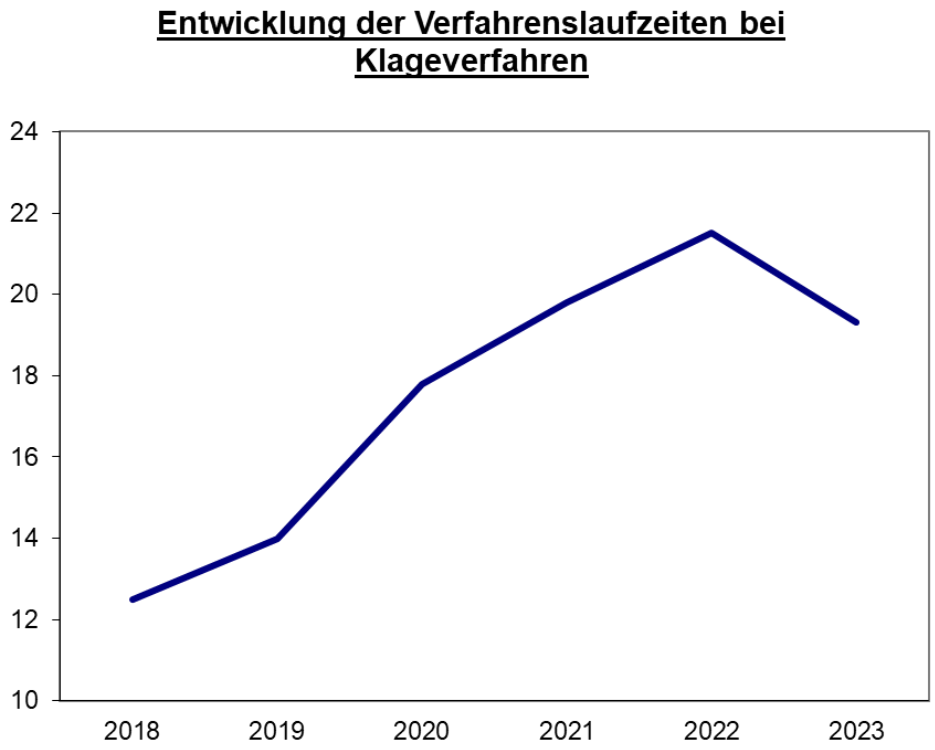
Erledigungen	Gesamt	davon allgemeine Verfahren	davon Asylverfahren
2023	23.091	11.863	11.228
2022	21.490	11.278	10.212
2021	21.660	12.037	9.623
2020	23.703	13.143	10.560

Die Erledigungsleistung konnte gegenüber dem Vorjahr insgesamt um +7,45 % (von 21.490 auf 23.091 Verfahren) erhöht werden. Im Asylbereich fiel die Steigerung mit +9,95 % (von 10.212 auf 11.228 Verfahren) deutlicher aus als bei den allgemeinen Verfahren, bei denen +5,19 % (von 11.278 auf 11.863 Verfahren) gegenüber dem Vorjahr erledigt werden konnten.

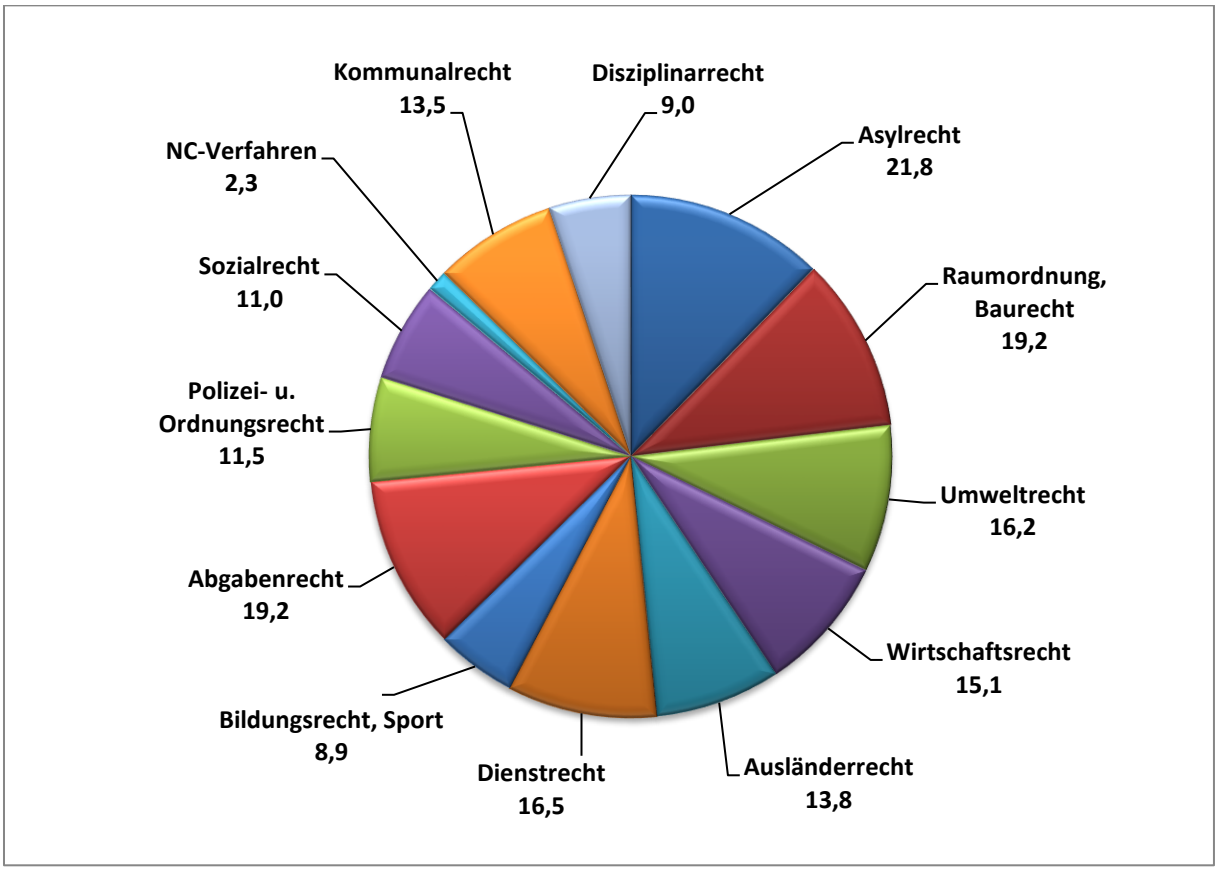
f) Verfahrensdauer

Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	2019	2020	2021	2022	2023
Klageverfahren	**14,0**	**17,8**	**19,8**	**21,5**	**19,3**
davon allgemeine Klageverfahren	11,6	12,8	13,9	15,1	17,0
davon Asylsachen	16,7	23,1	26,4	28,2	21,8
Eil- und Beschwerdeverfahren	**1,6**	**1,8**	**1,6**	**1,6**	**1,6**
davon allgemeine Verfahren	2,0	2,2	1,9	2,0	2,1
davon Asylsachen	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0

Wie in den Vorjahren wurden auch in 2023 die Eil- und Beschwerdeverfahren in durchschnittlich zügigen 1,6 Monaten zum Abschluss gebracht. Auch ist es erstmals seit dem Jahr 2017 wieder gelungen, die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den Klageverfahren zu verringern. Im Bereich der asylrechtlichen Verfahren konnte die angestrebte deutliche Reduzierung der Laufzeiten erreicht werden, bei den allgemeinen Verfahren ist dies allerdings noch nicht wieder gelungen. Dies ist weiterhin eine Folge der seit 2017 hohen Bestände anhängiger Klageverfahren, die sich mit den vorhandenen Richterstellen trotz des hohen Arbeitseinsatzes nur allmählich reduzieren lassen. Im Jahr 2023 standen den 23.091 Erledigungen neben dem Bestand von rund 21.880 Verfahren Eingänge in Höhe von 20.731 Verfahren gegenüber. Damit konnten die hohen Bestände bei der weiterhin, nunmehr seit mehr als 10 Jahren anhaltenden Überbelastung, noch nicht auf ein Normalmaß zurückgeführt werden. Dies hat weiterhin im Ergebnis zur Folge, dass die durchschnittliche Verfahrensdauer der Klageverfahren trotz ihrer gelungenen Verringerung mit mehr als 19 Monaten noch immer deutlich zu hoch ist (2017: 8 Monate). Damit ist es zwar gelungen, den im letzten Geschäftsbericht prognostizierten weiteren Anstieg der Verfahrensdauer jedenfalls bei den Asylverfahren abzuwenden. Angesichts der aktuellen Belastungssituation wird eine weitere Reduzierung bei den asylrechtlichen Streitigkeiten jedoch nur in kleinen Schritten erfolgen können, sofern die Eingänge im Bereich des Asylrechts nicht, wie jedoch zu erwarten ist, weiter ansteigen werden, zumal auch einer weiteren Zunahme der Verfahrenslaufzeiten im Bereich der allgemeinen Klageverfahren entgegenzuwirken ist.



Verfahrensdauer in Hauptsacheverfahren nach Sachgebieten



Verfahrensdauer im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

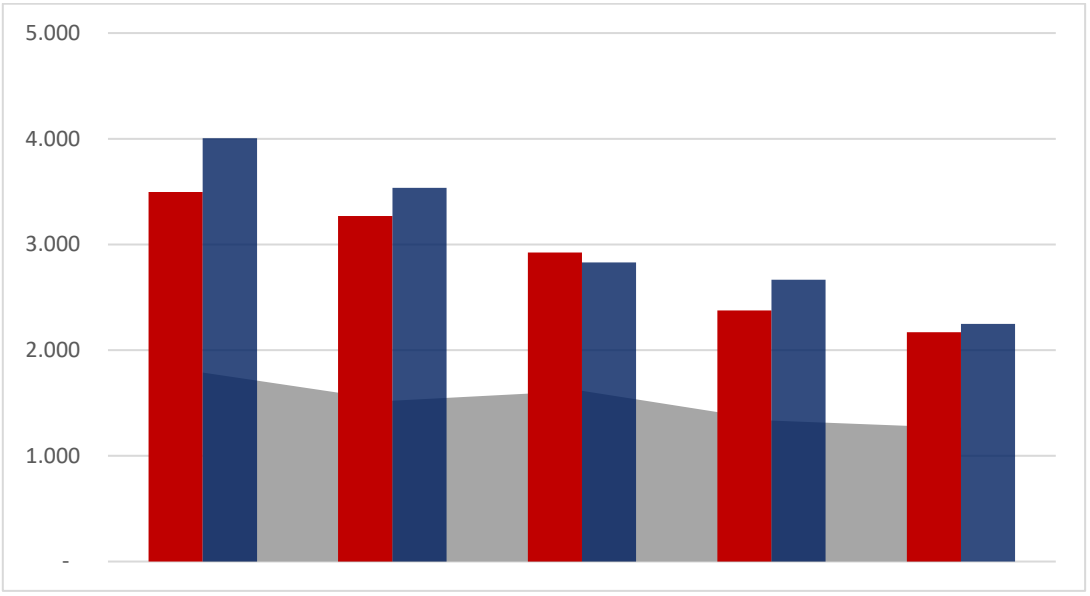
Durchschnittliche Verfahrensdauer im Jahr 2022 in Monaten[2]	**Nds. Verwaltungsgerichte**	**Bundesdurchschnitt**
Klageverfahren insgesamt	**21,5**	**18,4**
davon allgemeine Klageverfahren	15,1	14,1
davon Asylverfahren	28,2	22,9
Eilverfahren insgesamt	**1,6**	**2,0**
davon allgemeine Verfahren	2,0	2,3
davon Asylverfahren	1,0	1,4

Während die Verfahrensdauer bei den Eilverfahren auch im Jahr 2022 wieder kürzer ist als im Bundesdurchschnitt, liegen die Verfahrenslaufzeiten bei den Klageverfahren, insbesondere aufgrund der Dauer der Asylverfahren, im zweiten Jahr in Folge wieder über dem Bundesdurchschnitt. Hinzu kommt, dass sich der bundesweite Schnitt verringert hat (-0,3), während die Dauer der Klageverfahren in Niedersachen hingegen weiter angestiegen ist (+1,7).

[2] Die Vergleichsdaten für das Jahr 2023 liegen noch nicht vor.

2. Geschäftslage des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts

a) Gesamtübersicht



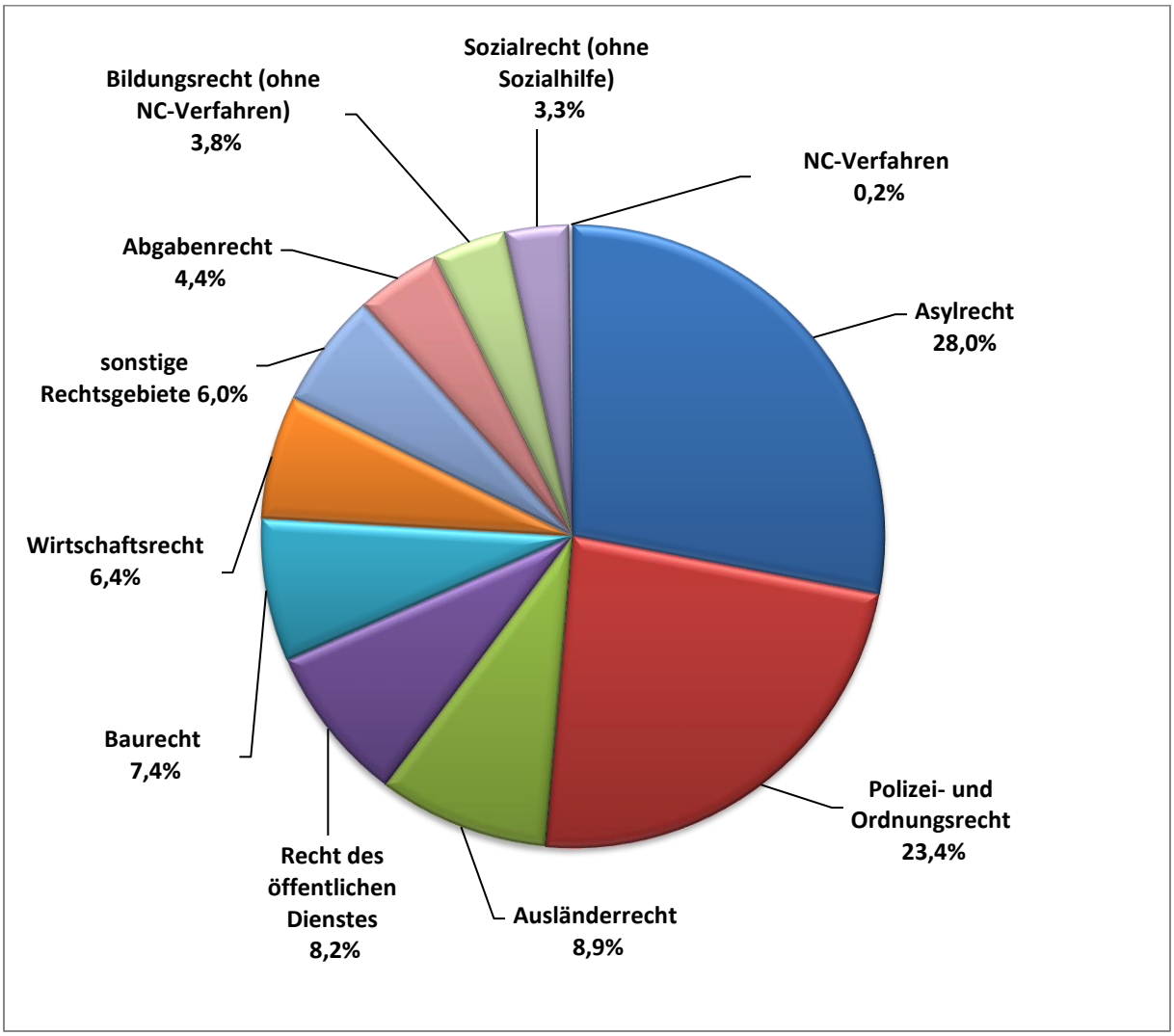
	2019	+/-	2020	+/-	2021	+/-	2022	+/-	2023	+/-
Bestand	1.788	-22,2%	1.521	-14,9%	1.615	+6,2%	1.334	-17,4%	1.263	-5,3%
Eingänge	3.495	-16,5%	3.269	-6,5%	2.925	-10,5%	2.377	-18,7%	2.169	-8,8%
Erledi-gungen	4.006	-0,5%	3.536	-11,7%	2.831	-19,9%	2.665	-5,9%	2.249	-15,6%

b) Eingänge

Verfahrensart	2019	2020	2021	2022	2023
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren	**112**	**266**	**253**	**140**	**97**
Berufungen (einschl. Anträge auf Zulassung der Berufung)	**1.927**	**1.577**	**1.309**	**1.207**	**1.033**
davon allgemeine Sachen	774	652	673	649	588
davon Asylsachen	1.153	925	636	558	445
Eil- und Beschwerdefahren (erst- und zweitinstanz-lich)	**609**	**769**	**796**	**580**	**565**
davon allgemeine Sachen	608	765	796	574	562
davon Asylsachen	1	4	0	6	3
Hochschulzulassungsverfahren	**262**	**118**	**73**	**6**	**2**
sonstige Verfahren	**585**	**539**	**494**	**444**	**472**
Gesamteingänge	**3.495**	**3.269**	**2.925**	**2.377**	**2.169**

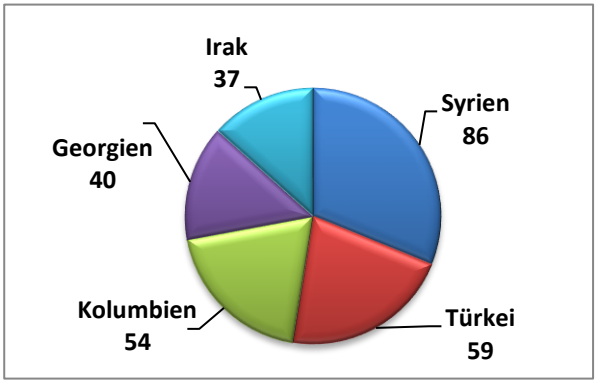
Die Eingänge bei den erstinstanzlichen Hauptsacheverfahren haben sich weiter verringert und bewegen sich nun wieder etwas unter dem Niveau von vor der Covid-19-Pandemie, die insbesondere in den Jahren 2020 und 2021 zahlreiche infektionsschutzrechtliche Normenkontrollverfahren zur Folge hatte. Diese in der Regel sehr umfangreichen und zeitintensiven Verfahren (betreffend z.B. straßenrechtliche Planfeststellungsverfahren oder die Errichtung von Windenergieanlagen) binden Arbeitskraft in überproportionalem Maße. Die Zahl der Eingänge bei den zweitinstanzlichen Asylverfahren ist weiter rückläufig. Damit hat der Anstieg asylrechtlicher Klageverfahren bei den Verwaltungsgerichten die zweite Instanz noch nicht erreicht.

Eingänge nach Sachgebieten (ohne erstinstanzliche und sonstige Verfahren)

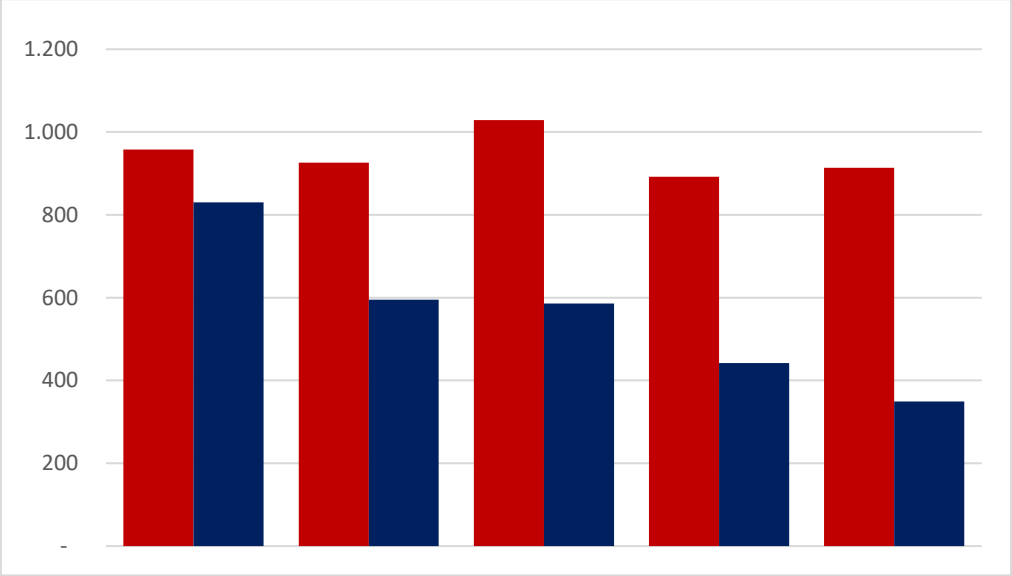


Asyleingänge nach Herkunftsländern

Herkunftsland	Insgesamt
Syrien	86
Türkei	59
Kolumbien	54
Georgien	40
Irak	37



c) Bestand



	2019	2020	2021	2022	2023
Allg. Verf.	958	926	1.029	892	914
Asylverf.	830	595	586	442	349
Gesamt:	1.788	1.521	1.615	1.334	1.263

Der Gesamtbestand am Oberverwaltungsgericht konnte auch im Jahr 2023 weiter reduziert werden. Allerdings ist ein weiterer signifikanter Abbau lediglich bei den zweitinstanzlichen Asylverfahren gelungen, während der Bestand allgemeiner Verfahren demgegenüber leicht angestiegen ist.

Verfahrensart	2019	2020	2021	2022	2023
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren	**185**	**298**	**340**	**259**	**249**
Berufungen (einschl. Anträge auf Zulassung der Berufung)	**1.457**	**1.118**	**1.169**	**1.012**	**926**
davon allgemeine Sachen	627	523	583	570	577
davon Asylsachen	830	595	586	442	349
Eil- und Beschwerdeverfahren	**103**	**91**	**94**	**58**	**87**
davon allgemeine Sachen	103	91	94	58	87
davon Asylsachen	0	0	0	0	0
Hochschulzulassungsverfahren	**43**	**14**	**12**	**5**	**1**
Gesamtbestand	**1.788**	**1.521**	**1.615**	**1.334**	**1.263**

d) Arbeitsbelastung

Nach langjähriger Überbelastung (Pebb§y-Belastung 2017: 1,45; 2018: 1,30; 2019: 1,13; 2020: 1,26; 2021: 1,19) liegt die Pebb§y-Belastung am Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht - auch aufgrund der Errichtung eines neuen Senats Ende 2021 - wie im Vorjahr unter 1,0. Dies bietet die Möglichkeit, die Bestände an asylrechtlichen Streitigkeiten weiter abzuarbeiten und dem erwarteten Wiederanstieg der Verfahren in diesem Bereich effektiv begegnen zu können.

e) Erledigungen

Verfahrensart	2019	2020	2021	2022	2023
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren	**101**	**153**	**211**	**223**	**113**
Berufungen (einschl. Anträge auf Zulassung der Berufung)	**2.448**	**1.917**	**1.258**	**1.366**	**1.120**
davon allgemeine Sachen	887	756	613	663	582
davon Asylsachen	1.561	1.161	645	703	538
Eil- und Beschwerdeverfahren	**574**	**780**	**793**	**619**	**538**
davon allgemeine Sachen	572	776	793	612	533
davon Asylsachen	2	4	0	7	5
Hochschulzulassungsverfahren	**298**	**147**	**75**	**13**	**6**
sonstige Verfahren	**585**	**539**	**494**	**444**	**472**
Gesamterledigungen	**4.006**	**3.536**	**2.831**	**2.665**	**2.249**

Die Zahl der Erledigungen ist weiter zurückgegangen. Dies beruht, neben dem Rückgang der Hochschulzulassungsverfahren, insbesondere auch auf dem bereits erfolgten Abbau des Bestandes der zahlreichen in den Jahren 2017 bis 2020 eingegangenen asylrechtlichen Verfahren von bis zu 1.831 im Jahr 2017. Die Anzahl erledigter Verfahren liegt damit in 2023 wieder etwas unter dem Bereich von 2016 (2.750).

f) Verfahrensdauer

Verfahrensdauer in Monaten	2019	2020	2021	2022	2023
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren	**19,1**	**13,3**	**13,8**	**16,9**	**21,7**
Berufungen (einschl. Anträge auf Zulassung der Berufung)	**8,7**	**9,9**	**8,2**	**11,5**	**11,5**
davon allgemeine Sachen	9,7	9,8	9,3	11,5	10,3
davon Asylsachen	8,1	9,9	7,1	11,6	12,7
Eil- und Beschwerdeverfahren	**4,0**	**2,5**	**2,4**	**1,9**	**1,7**
davon allgemeine Sachen	4,0	2,5	2,4	1,9	1,7
davon Asylsachen	0,0	1,1	0,0	0,2	0,3

Durch den weiteren Abbau von umfangreichen Altverfahren gerade bei den erstinstanzlichen Hauptsacheverfahren und asylrechtlichen Berufungen ist besonders in diesen Bereichen ein erneuter Anstieg der Verfahrensdauer festzustellen. Die Laufzeiten der Eil- und Beschwerdeverfahren konnte noch weiter verringert werden und liegt weiterhin unter 2 Monaten.

Verfahrensdauer im Vergleich zu anderen Oberverwaltungsgerichten

Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten 2022[3]	**Nds. OVG**	**Durchschnitt aller Oberverwaltungsgerichte**
Erstinstanzliche Hauptsacheverfahren	**16,9**	**17,3**
Berufung insgesamt	**11,5**	**11,7**
davon allgemeine Sachen	11,5	12,8
davon Asylsachen	11,6	10,7
Eil- und Beschwerdefahren	**1,9**	**3,0**
davon allgemeine Sachen	1,9	3,0
davon Asylsachen	0,2	2,3

Verzögerungsrügen und Entschädigungsklagen

Verzögerungsrügen und Entschädigungsklagen erlangen in der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit aufgrund der hohen Verfahrenslaufzeiten eine größere Relevanz. Nachdem sich die Zahl der Verzögerungsrügen landesweit im Jahr 2021 mit 112 Verfahren gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt hatte, setzte sich der weitere leichte Anstieg im Jahr 2022 auf 128 auch diesjährig mit 153 fort.

[3] Die Vergleichsdaten für das Jahr 2023 liegen noch nicht vor.

III. Bedeutende Entscheidungen des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts im Jahr 2023

Im Jahr 2023 sind zahlreiche bedeutende Entscheidungen des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts ergangen. Diejenigen Entscheidungen, die von den Senaten als veröffentlichungswürdig eingestuft wurden, sind in der kostenlosen und für jedermann über die Webseite voris.wolterskluwer-online.de zugänglichen niedersächsischen Rechtsprechungsdatenbank abrufbar.

Darüber hinaus wurden Medienvertreter durch Pressemitteilungen über Gerichtsentscheidungen informiert, hinsichtlich derer ein besonderes öffentliches Interesse angenommen wurde. Sämtliche aktuellen sowie in der Vergangenheit veröffentlichten Pressemitteilungen können über die Internetadresse des Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht (www.oberverwaltungsgericht.niedersachsen.de) in der Rubrik „Aktuelles" unter „Pressemitteilungen“ abgerufen werden. Im Folgenden werden die Verfahren, über die im Jahr 2023 in Form von Pressemitteilungen informiert wurde und die eine hohe Resonanz erfahren haben oder von besonderer Bedeutung sind, in chronologischer Reihenfolge angeführt:

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 17.1.2023, AZ. 1 LA 20/22

Die niedersächsischen Bauaufsichtsbehörden können die Beseitigung von Schottergärten anordnen

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 25.1.2023, AZ. 10 LA 90/22

Die Hindenburgstraße in Hannover kann umbenannt werden

NDS. OVG, URTEIL VOM 14.2.2023, AZ. 10 LC 87/22

Änderung des Verfahrens zur Verteilung der Sitze in niedersächsischen kommunalen Ausschüssen von Hare/Niemeyer in D´Hondt ist rechtmäßig

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 18.4.2023, AZ. 10 ME 52/23

Eilantrag gegen die Untersagung einer Fahrraddemonstration auf der A39 von Braunschweig nach Wolfsburg am 30. April 2023 bleibt erfolglos

NDS. OVG, URTEIL VOM 4.5.2023, AZ. 1 KN 5/21

Normenkontrollantrag gegen den Bebauungsplan der Hansestadt Lüneburg für das Neubaugebiet „Am Wienebütteler Weg“ ohne Erfolg

NDS. OVG, URTEIL VOM 25.5.2023, AZ. 13 LC 287/22

Keine Rechtsgrundlage für den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit eines Kindes nach Anfechtung der Vaterschaft

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 8.6.2023, AZ. 1 ME 15/23

Nutzung erneuerbarer Energien - Denkmalschutz ist weiterhin zu beachten

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 5.7.2023, AZ. 5 ME 44/23

Beschwerde in dem Verfahren um die Besetzung der Präsidentenstelle bei dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht erfolglos

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 30.8.2023, AZ. 11 LA 302/22

Zulassungsantrag gegen die Abweisung der Klage auf Erteilung waffenrechtlicher Erlaubnisse an einen Schäfer hat keinen Erfolg

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 5.9.2023, AZ. 11 LA 65/23

Zulassungsantrag des Bürgermeisters der Gemeinde Harsum gegen die Abweisung seiner Klage auf Erteilung eines Waffenscheins hat keinen Erfolg

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 14.9.2023, AZ. 5 ME 55/23

Der vom Niedersächsischen Landtag gewählte Landesbeauftragte für den Datenschutz kann ernannt werden

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 28.9.2023, AZ. 14 ME 75/23

Eilantrag eines Bürgers gegen die Umwandlung der Ubbo-Emmius-Klinik in Norden in ein regionales Gesundheitszentrum auch im Beschwerdeverfahren erfolglos

NDS. OVG, URTEIL VOM 11.10.2023, AZ. 10 LC 117/22

Die Abstimmung des Rates der Landeshauptstadt Hannover über eine Abweichung von der gesetzlich vorgesehenen Ausschussbesetzung erfüllte trotz Enthaltungen das Einstimmigkeitserfordernis

NDS. OVG, URTEIL VOM 21.11.2023, AZ. 7 KS 8/21

Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen müssen wasserrechtliches Maßnahmenprogramm für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Ems nachbessern

NDS. OVG, BESCHLUSS VOM 15.12.2023, AZ. 11 ME 506/23

Beschwerde gegen Rindertransporte nach Marokko ohne Erfolg

IV. Kontakt

Harald Kramer
Richter am Oberverwaltungsgericht
Pressesprecher
Tel.: 04131 718 127
Mail: ovglg-pressestelle@justiz.niedersachsen.de

Marcus Hettig
Richter am Oberverwaltungsgericht
Stellvertretender Pressesprecher
Tel.: 04131 718 174
Mail: ovglg-pressestelle@justiz.niedersachsen.de

V. Impressum

Herausgeber:
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht
- Der Präsident -
Uelzener Straße 40
21335 Lüneburg

Tel.: 04131 718 0
Fax: 05141 5937 32300
E-Mail: ovglg-poststelle@justiz.niedersachsen.de (nicht in Rechtssachen)
Homepage: www.oberverwaltungsgericht.niedersachsen.de